

# DIE MENSCHENRECHTE FÜR MENSCHEN IN EXTREMER ARMUT GELTEND MACHEN

Handbuch für die Umsetzung der Leitlinien der Vereinten  
Nationen betreffend extreme Armut und Menschenrechte<sup>1</sup>

## TEIL 4

### MONITORING UND RECHENSCHAFTSPFLICHT

*Nationale Aktionspläne sollten sämtliche Verwaltungsebenen einbinden, die Bedürfnisse von Menschen in Armut definieren und diese als Priorität festlegen. Sie müssen einen Rahmen stecken, der gewährleistet, dass alle öffentlichen Dienste und Programme die Grundrechte der Menschen in Armut respektieren, schützen und garantieren. Ausserdem müssen sie Indikatoren, Anhaltspunkte und Zeitpläne zur Überwachung der Fortschritte beinhalten.*

*Leitlinien betreffend extreme Armut und Menschenrechte, Umsetzung und Monitoring, Paragraph 104.*

**Die Regierungen sind gesetzlich verpflichtet, die in diesem Handbuch aufgeworfenen Probleme anzugehen. Es handelt sich nicht um eine politische Option. Die Fortschritte bei der Behandlung und der Lösung dieser Probleme müssen systematisch überwacht und evaluiert werden. Wurden keine zufriedenstellenden Fortschritte erzielt oder hat sich die Situation sogar noch verschlechtert, sollten die Probleme wenn möglich einer höheren Stufe in der Hierarchie der Entscheidungsträger zugeführt werden, falls nötig begleitet von einer Medienaktion. In bestimmten Situationen kann es wirksamer und sicherer sein, Kampagnen bis auf internationaler Ebene zusammen mit grösseren und einflussreicheren Organisationen durchzuführen. Dadurch kann die Regierung für das, was sie tut oder eben nicht tut, zur Rechenschaft gezogen werden.**

Rechenschaftspflicht bedeutet sicherzustellen, dass Personen und Institutionen mit Machtbefugnissen für die Erfüllung ihrer Pflichten zur Verantwortung gezogen werden.

<sup>1</sup> Alison Graham, Francesca Restifo, Janet Nelson, FAIRE DES DROITS DE L'HOMME UNE REALITE POUR LES PERSONNES QUI VIVENT DANS L'EXTREME PAUVRETE. Manuel pour la mise en œuvre des Principes directeurs des Nations Unies sur l'extrême pauvreté et les droits de l'homme, © Mouvement international ATD Quart Monde et Franciscans International 2015. Der Ausschnitt (Seiten 54-58) wurde vom BSV-Übersetzungsdienst übersetzt, zur Vorbereitung auf die nationale Konferenz gegen Armut vom 22. November 2016.

## **NICHT VERGESSEN**

Regierungen sollten immer:

1. **die Menschenrechte respektieren**, indem sie keine Massnahmen ergreifen, die Personen an der Wahrnehmung ihrer Rechte hindern;
2. **die Menschenrechte** gegen Aktionen Dritter (insbesondere Unternehmen und bewaffnete Gruppen) **schützen**;
3. **die Menschenrechte** mit aktiver Teilnahme an Aktivitäten zur Förderung und Stärkung der Personenrechte **umsetzen**.

## **SO KÖNNEN SIE SICHERSTELLEN, DASS DIE RECHENSCHAFTSPFLICHT ERFÜLLT WIRD**

**Messen Sie die Fortschritte der Massnahmen, die gewährleisten sollen, dass Personen, Gruppen und Gemeinschaften in grosser Armut ihre Rechte wahrnehmen können. Zu diesem Zweck:**

- **Ermitteln** Sie, mit welchen Massnahmen die Regierungen und Lokalbehörden die Menschenrechte respektieren, schützen und umsetzen. Viele der in diesem Handbuch vorgeschlagenen Aktivitäten können beim Zusammentragen der Informationen helfen.
- **Definieren** Sie eine klare, konkrete Referenzsituation – beschreiben Sie die IST-Situation, anhand der Sie die Fortschritte messen können.
- **Suchen** Sie das regelmässige Gespräch mit den betroffenen Personen, Gemeinschaften und Gruppen. Haben sie Verbesserungen festgestellt? Haben die lokalen Behörden oder Regierungen Massnahmen ergriffen?
- **Erarbeiten** Sie Scorecards, die dabei helfen, allfällige Verbesserungen der Dienstleistungen zu erkennen. So können beispielsweise die Verfügbarkeit, die Zugänglichkeit, die Akzeptanz (Respekt vor der Kultur) und die Qualität der Sozialhilfe-, Gesundheits- und Bildungsdienste überwacht werden.
- **Erstellen** Sie eine Liste mit allen Aktionen, die mit den Lokalbehörden oder der Regierung vereinbart wurden; prüfen Sie, ob diese umgesetzt wurden und verlangen Sie andernfalls einen Zeitplan für die Umsetzung.
- **Überprüfen** Sie, ob die behördlich angeordneten Massnahmen SMART (spezifisch, messbar, akzeptabel, realistisch und terminiert) sind und ein klarer mittel- und langfristiger Aktionsplan besteht.
- **Legen** Sie Indikatoren und sinnvolle Zielsetzungen **fest**, die Ihnen Aufschluss darüber geben, ob die getroffenen Massnahmen Wirkung zeigen oder ob sich die Situation verschlechtert hat.
- **Versuchen** Sie, an offizielle und inoffizielle Daten zu gelangen, auch an Daten der Regierung und der Vereinten Nationen. Die neuen Technologien vereinfachen den Zugang zu diesen Daten zusehends, wodurch die Verantwortung im Sozialbereich kreativer und wirksamer gestärkt werden kann.
- **Suchen** Sie nach anderen Organisationen, die in ähnlichen Bereichen tätig sind, um herauszufinden, was regional und national unternommen wird.

## **MENSCHENRECHTSINDIKATOREN**

Die Umsetzung der Menschenrechte kann anhand spezifischer Indikatoren und Zielsetzungen gemessen werden. Das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte hat einen Leitfaden für Menschenrechtsindikatoren herausgegeben. Nähere Informationen: [http://www.ohchr.org/Documents/Publications/Human\\_rights\\_indicators\\_en.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/Publications/Human_rights_indicators_en.pdf) abgerufen am 19. August 2016.

## ***NICHT VERGESSEN***

Achten Sie auf unerwünschte negative Nebeneffekte staatlicher Massnahmen; diese könnten beispielsweise die Ungleichheit zwischen Mann und Frau verstärken.

## **Überprüfen Sie, wie die lokalen und nationalen Behörden ihren Pflichten nachkommen.**

Wichtig ist nicht nur, was sie tun, sondern auch wie sie es tun.

Die lokalen und nationalen Behörden müssen dafür sorgen, dass die von ihnen getroffenen Massnahmen den Grundsätzen der Partizipation, der Rechenschaftspflicht, der Nichtdiskriminierung, der Transparenz, des Schutzes der Menschenwürde, des Empowerments und des Rechtsstaates (im Englischen unter der Abkürzung PANTHER<sup>2</sup> zusammengefasst) entsprechen. In den Leitlinien betreffend extreme Armut und Menschenrechte ist ausdrücklich festgehalten, dass Menschen in Armut als freie, selbstständig handelnde Personen anzuerkennen und zu behandeln sind.<sup>3</sup>

## ***NICHT VERGESSEN***

Für Menschen in Armut, die nicht in der Lage sind, ihre Teilhabe richtig auszuüben, können auch gut gemeinte Massnahmen negative Folgen haben.

## **Fragen, die Sie stellen sollten**

- Gehen die lokalen und nationalen Behörden die Umsetzung ihrer Politik proaktiv an? Geben sie den Menschen in Armut die Möglichkeit, aufgeklärt und sachkundig an den Entscheidungsprozessen teilzunehmen? Beteiligen sich die betroffenen Personen effizient und signifikant an den Entscheidungsprozessen? Tragen die Behörden dazu bei, die Gemeinschaften und Personen in Armut zur Selbsthilfe zu befähigen?
- Sind die Politik, die Aktionen und Programme der lokalen und nationalen Behörden transparent? Verstehen die Begünstigten das Vorgehen, die verfügbaren Dienstleistungen und deren Zweck? Haben sie Zugang zu den Informationen?
- Wie beschaffen die Behörden das nötige Geld? Werden die am stärksten marginalisierten und benachteiligten Menschen unfair besteuert?

---

<sup>2</sup> Participation, Accountability, Non-discrimination, Transparency, Human Dignity, Empowerment, Rule of Law

<sup>3</sup> Leitlinien betreffend extreme Armut und Menschenrechte, Paragraph 36.

## **GOOD PRACTICE**

### **GESETZ ÜBER DAS RECHT AUF INFORMATION IN INDIEN**

In Indien hat sich die Zivilgesellschaft intensiv dafür eingesetzt, dass ein Gesetz über das Recht auf Information (*Right to Information Act, RTI-Gesetz*) verfasst, verabschiedet und umgesetzt wird. Personen in Armut wussten oftmals nicht, dass sie Anspruch auf bestimmte Leistungen, insbesondere auf Sozialhilfe, haben.

Mit dem RTI-Gesetz sind sämtliche Behörden verpflichtet, Beamtinnen und Beamte einzusetzen, die für die Information der Bevölkerung zuständig sind und Anfragen innerhalb von 30 Tagen beantworten müssen. Behördenangestellte, die dieser Pflicht nicht nachkommen, werden gebüßt. Dank dieses breit angelegten Informationsprogramms kennen die Leute die Gesetze inzwischen und nutzen sie auch, zum Beispiel, um nachzufragen, warum eine Strasse nicht fertiggebaut wurde, in Erfahrung zu bringen, wie man ohne Bestechungsgelder an subventionierte Hypotheken gelangt, oder um sich zu erkundigen, ob das Gesundheitspersonal in einem bestimmten Gesundheitszentrum anwesend ist. In Indien sind viele Leute der Ansicht, dass das RTI-Gesetz sie rechtlich selbstständiger gemacht hat, weil es den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl gibt, dass die Regierung ihnen Rechenschaft schuldet.

*Quelle:* World Justice Project. Vgl. <http://worldjusticeproject.org/blog/india%E2%80%99s-landmark-right-information-act-under-threat-will-it-still-be-world%E2%80%99s-largest-democracy-> abgerufen am 18. August 2016.

## **DETAILLIERTE METHODEN ZUR ÜBERWACHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Mehrere Nichtregierungsorganisationen haben ausführlich erläuterte Methoden zur Überwachung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte entwickelt wie zum Beispiel das Center for Economic and Social Rights (CESR) mit der OPERA-Methode. Nähere Informationen: [www.cesr.org](http://www.cesr.org).

Ausserdem hat das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte einen Leitfaden für die Überwachung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte veröffentlicht. Vgl. [www.ohchr.org/Documents/Publications/Chapter20-48pp.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/Publications/Chapter20-48pp.pdf), abgerufen am 18. August 2016.

## SO KÖNNEN SIE DAZU BEITRAGEN, DASS DIE INSTITUTIONEN IHRE VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN

- **Dokumentieren** Sie Fortschritte oder ausbleibende Fortschritte mithilfe von Nachweisen, Beispielen und Daten. So können Sie Ihre Aussagen belegen und haben mehr Überzeugungskraft.
- **Fördern** Sie gutes Verhalten; lassen Sie die Beamtinnen und Beamten wissen, dass sie durch ihre Arbeit nützlich und effizient waren.
- **Bauen** Sie ein proaktives Verhältnis zu den Lokalbehörden **auf**, indem Sie ihnen vorschlagen, sich an Ihrem Projekt zu beteiligen, oder indem Sie sie gegebenenfalls zu Versammlungen mit betroffenen Personen einladen, damit sie deren Bedürfnisse verstehen.
- **Melden** Sie den hochrangigen Regierungsvertreterinnen und -vertretern wenn möglich jede durch Einzelpersonen oder Verwaltungsstellen begangene Pflichtverletzung.
- **Machen** Sie Verschlechterungen der Lebensbedingungen von Menschen in Armut **öffentlich**, erklären Sie im Idealfall die Gründe für die Verschlechterung und schlagen Sie Lösungen vor.
- **Ermitteln** und nutzen Sie falls nötig die verschiedenen Kanäle, über die fehlbare Personen oder Dienststellen zur Verantwortung gezogen werden können wie zum Beispiel Beschwerdeverfahren, Gerichte, Lokal- und Landeswahlen, öffentliche Anhörungen, Menschenrechtsbeauftragte oder nationale Menschenrechtsinstitutionen. (Letztere müssen unabhängig und in der Lage sein, die staatlichen Aktivitäten zu überwachen und Empfehlungen zur Anwendung der Menschenrechtsübereinkommen abzugeben. Die lokalen Menschenrechtsorganisationen müssen in der Lage sein, die Effizienz einer Institution zu beurteilen).
- **Sensibilisieren** Sie ein breiteres, Ihnen wohlgesinntes Publikum, um den Druck zu erhöhen (sofern die Person, Gruppe oder Gemeinschaft einverstanden ist). Auch die sozialen Netzwerke können sich als nützlich erweisen.

### DIE PARISER PRINZIPIEN UND DIE NATIONALEN MENSCHENRECHTSINSTITUTIONEN

Die Pariser Prinzipien enthalten eine Reihe von internationalen Leitlinien zur Ausgestaltung der Arbeit von nationalen Menschenrechtsinstitutionen (NHRI). Sie wurden 1991 im Rahmen des ersten internationalen Workshops über die NHRI zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte verfasst und im Dezember 1993 von der UNO-Generalversammlung verabschiedet.

## INTERNATIONALE MECHANISMEN DER RECHENSCHAFTSPFLICHT

Wenn die Mechanismen der Rechenschaftspflicht auf lokaler und nationaler Ebene ausgeschöpft sind, können Angelegenheiten häufig auf eine regionale bzw. internationale Ebene gebracht werden. Die lokalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen können Ihnen dabei helfen.

Abhängig von der Region gibt es vielleicht regionale Mechanismen, die Individualbeschwerden entgegennehmen und behandeln oder die Anwendung von (regionalen) Menschenrechtsübereinkommen überwachen – zum Beispiel die

Afrikanische Kommission der Menschenrechte und der Rechte der Völker, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte. Nähere Informationen: <[www.ijrcenter.org/regional](http://www.ijrcenter.org/regional)>, abgerufen am 19. August 2016.

Auf internationaler Ebene können Beschwerden an mehrere Menschenrechtsmechanismen der UNO gerichtet werden, zum Beispiel an Fachpersonen, die im Rahmen sogenannter Sonderverfahren Verstöße gegen die Menschenrechte prüfen, überwachen, Beratungen anbieten und dem UN-Menschenrechtsrat über Verstöße und andere menschenrechtsbezogene Angelegenheiten Bericht erstatten. Viele Stellen, die die Einhaltung der Menschenrechtsübereinkommen überwachen, nehmen ebenfalls Individualklagen wegen Verstößen entgegen.

Nähere Informationen: <[www.ohchr.org](http://www.ohchr.org)>.

Ihre lokale Menschenrechtsorganisation sollte in der Lage sein, Sie genauer über diese Themen zu informieren.

## **GOOD PRACTICE**

### **ÜBERWACHUNG DER RECHENSCHAFTPFLICHT BENINS GEGENÜBER KINDERN**

In Benin, vor allem in den armen und abgelegenen Regionen im Norden des Landes, ist Kindstötung noch immer weit verbreitet. Mädchen und sogenannte Hexenkinder werden von ihren Eltern und ihrer Gemeinschaft ausgestossen oder sogar getötet.

Durch die Bildung von Kapazitäten und Networking hat *Franciscans International* seine Partnern vor Ort (die sich inzwischen zu *Franciscains-Benin* zusammengeschlossen haben) befähigt, eine Sensibilisierungskampagne durchzuführen, die lokal, national und international über das Problem der verstossenen Kinder aufklärt. *Franciscains-Benin* und *Franciscans International* haben die internationale Gemeinschaft auf verschiedenen Wegen auf das Problem aufmerksam gemacht: durch die Organisation von Konferenzen, die Berichterstattung an den UNO-Menschenrechtsmechanismus und indem sie den Franziskanern die Möglichkeit boten, über eigene Erfahrungen mit Missbräuchen gegen Kinder in Armut zu berichten. Mit Unterstützung von *Franciscans International* überwacht *Franciscains-Benin* die praktische Umsetzung der UNO-Empfehlungen im Rahmen von gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Medien und den wichtigsten Behörden durchgeführten Aktionsplänen und durch die Beeinflussung von Gesetzesreformen.

Im Dezember 2014 wurde *Franciscains-Benin* von der französischen Botschaft in Benin für ihre Arbeit zugunsten der Förderung der Menschenrechte mit dem Menschenrechtspreis ausgezeichnet.

*Quelle:* Direkte Information von Franciscans International.